

## Gegner warnen mit drastischen Worten vor dem ESM

mas. BERLIN, 18. Juni. Wissenschaftler, Familienunternehmer und weitere Persönlichkeiten warnen vor einer unbegrenzten Haftung Deutschlands für Schulden anderer Länder. Sie halten die bisherige Rettungspolitik im Euroraum für gescheitert. Sie appellieren eindringlich an die Abgeordneten, den Vertrag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) nicht zu billigen. Der Finanzwissenschaftler Ulrich van Suntum vom Bündnis Bürgerwille sprach am Montag von einer schicksalhaften Weichenstellung. Mit dem ESM stellten sich die Länder gegenseitig einen Blankoscheck in unbegrenzter Höhe aus. Zwar sei die deutsche Haftung zunächst auf 190 Milliarden Euro begrenzt, aber faktisch werde Deutschland damit in die Pflicht genommen, den Weg weiterzugehen, wenn etwa Spanien und Italien strauchelten. Er wies darauf hin, dass die übrigen Länder die Zahlungsverpflichtungen von ausfallenden Ländern zu übernehmen hätten. Außerdem kritisierte er, dass beim ESM einem Land das Stimmrecht entzogen wird, das seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt, nicht aber einem Land, das sich nicht an Auflagen hält. An-



Ulrich van Suntum

statt den ESM einzuführen, sollte man Länder zum Austritt aus der Eurozone zwingen können, die permanent gegen die gemeinsamen Regeln verstoßen. Dies erreiche man, indem die Europäische Zentralbank deren Wertpapiere nicht

länger als Sicherheiten akzeptiere. Der Familienunternehmer Stephan Werhahn nannte den ESM ein Monstrum. Rolf Baron von Hohenhau vom Bund der Steuerzahler bezeichnete ihn als ein undemokratisches Ungeheuer, da er und seine Organe vollkommene Immunität genössen. Der frühere Präsident des Industrieverbandes Hans-Olaf Henkel sagte, bei dem Bündnis handele es sich nicht um Antieuropäer. Vielmehr habe man die Sorge, dass es auf ein „immer mehr“ an Harmonisierung, Zentralstaat und Vergemeinschaftung von national verursachten Schulden hinauslaufe. Man sehe, dass der ESM katastrophale Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit, den Wohlstand und die Demokratie in Europa haben werde. Wenn man so weitermache, müsse es anders als von Bundeskanzlerin Angela Merkel postuliert nicht heißen: „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, sondern: „Europa wird am Euro scheitern.“